

# Danziger Zeitung.



№ 9800.

1876.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettnerhagergasse No. 4 und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Insertate kosten für die Petitionen oder deren Raum 20 M. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionensträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

## Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten auswärtigen Abonnenten bitten wir, die Bestellungen auf die Danziger Zeitung für das nächste Quartal rechtzeitig anzugeben, damit keine Unterbrechung in der Versendung eintritt. Die Postanstalten befördern nur so viele Exemplare, als bei denselben vor Ablauf des Quartals bestellt sind.

Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an. Der Abonnementspreis beträgt für die mit der Post zu versendenden Exemplare pro III. Quartal 1876 5 M.; für Danzig inklusive Bringerlohn 5 M. 25 Pf. Abgeholt kann die Zeitung werden für 4 M. 50 Pf. pro Quartal:

Kettnerhagergasse No. 4 in der Expedition, Altstädtischen Graben No. 108 bei Hrn. Gustav Henning,  
2. Damm No. 14 bei Hrn. H. Abel (Firma Joh. Wiens Nachfolger),  
Fischmarkt No. 26 bei Hrn. C. Schwinkowski,  
Kuhlenmarkt No. 22 bei Hrn. Haack,  
Brod़bänken- und Kürschnergassen-Ecke bei Hrn. N. Martens,  
Langgarten No. 8 bei Hrn. Bräntigam,  
Nengarten No. 22 bei Hrn. Töws,  
Paradiesgasse No. 18 bei Hrn. Bäckermeister Troffener,  
Poggendorf No. 32 im „Tannenbaum“.

## Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Bremen, 23. Juni. Ein seitens der Theilnehmer an der westsibirischen Expedition von Dr. Finsch hier eingegangenes Telegramm lautet: Wir sind gestern wohlbehalten über den Saianee und den chinesischen Hoch-Altaï in Barnaul (am Obi) angelangt und gehen nach Abfertigung der reichen Sammlungen, die wir gemacht haben, sofort nach Tomsk weiter.

Kopenhagen, 23. Juni. In der heutigen Sitzung des Folkething gelangte die bereits gemeldete, von der Majorität der Commission bezüglich der Wehrvorlage beantragte, gegen die Regierung gerichtete Tagesordnung mit 62 gegen 24 Stimmen zur Annahme. Zehn Mitglieder des Folkething enthielten sich der Abstimmung. Morgen erfolgt der Schluss der Session.

Wien, 23. Juni. Aus der Herzegowina wird der „Polit. Correspondenz“ gemeldet, daß Mourkhan Pascha (ein natürlicher Sohn Abdul Ajiz) demnächst eine andere Bestimmung erhalten werde. Vorläufig sei als sicher anzusehen, daß derselbe nicht in seinem bisherigen Hauptquartier Gacza bleibe, zum Truppenkommandanten von Gacza sei Ali Pascha ernannt. Das Oberkommando der bei Nißch konzentrierten Armee werde Hamdi Pascha übernehmen.

Konstantinopel, 23. Juni. Die Worte hat zur Stärkung der Armeecorps bei Nißch und Novibazar abermals Truppen abgesandt. — Der Großwirz hat eine Proklamation an die Bulgaren erlassen und die Christen und die Muhamedaner zur Einigkeit aufgefordert. — Kiamil Pascha ist gestorben.

## Abgeordnetenhaus.

73. Sitzung am 23. Juni.

Dem Hause sind zwei neue Vorlagen, betreffend die Errichtung von Rathäusern bei dem Oberverwaltungsgerecht und die Erhöhung des Maximalunterstützungsfaktes für die hilfsbedürftigen Invaliden aus den Kriegen der Jahre 1813 bis 1815 zugegangen. — Das Haus nimmt die Mithörung mit lebhafter Unruhe entgegen.

Erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Übernahme einer Zusicherung des Staates für eine Prioritätsanleihe der Berlin-Dresdener Eisenbahngesellschaft bis zur Höhe von 23,100,000 M.

Abg. Windthorst (Bielefeld): Bei der Beurtheilung dieser Vorlage werden wir uns lediglich die Frage vorzulegen haben, ob die Erwerbung der betreffenden Bahn im Saar-Südinteresse als geboten oder wenigstens als sehr zweckmäßig anerkannt werden muß. Ich glaube nicht, daß die Mitglieder dieses Hauses der Ansicht sind, wie dies vielfach außerhalb des Hauses geschieht, daß wir auf die Vorgedächte der Bahn eingehen und mir Rücksicht hierauf die Vorlage ablehnen würden. Das Studium der Gründungsgeschichte bietet hier allerdings mehr dunkle Punkte, wie bei irgend einer der früheren Bahnen; aber wir haben um so weniger Veranlassung, darauf näher einzugehen, als ein Theil der bei der Gründung Beteiligten jetzt, wenn auch aus anderen Gründen, mit dem Staatsrichter in Collision gekommen ist. In den Motiven wird nun ausdrücklich erklärt, daß die Regierung nicht in der Lage gewesen sei, den Rentabilitätswert der Bahn auf sicheren Grundlagen zu ermitteln; und ich bin überzeugt, daß es auch der Budgetcommission innerhalb der paar Tage, die uns übrig sind, nicht möglich sein wird, eine richtige Prüfung des Unternehmens einzutragen zu lassen. Dies wird schon allein ein genügender Grund für uns zur Ablehnung sein müssen. Aber es tritt noch ein Weiteres hinzu, daß nämlich von Seiten der Staatsregierung absolut keine triftigen Gründe für den vorliegenden Vertrag angegeben worden sind. Da wird in den Motiven gefragt, daß die Bahn ziemlich fertig gestellt und gut gebaut sei, daß sie ein zweites Geleise erhalten, daß sie 23 Meilen lang sei u. s. w. Das ist nun alles sehr schön, aber zu der Garantie für dieses Unternehmen kann uns dies noch nicht bestimmen. Der entscheidende Grund für die Regierung ist allerdings der, daß mit der vorliegenden Bahn eine Bahnverbindung mit Sachsen hergestellt und dadurch ein gewisser Einfluß auf die sächsischen Bahnen gesichert werde; aber einen solchen Einfluß haben wir an sich schon, und so fällt auch dieser Grund hinweg. Ein dritter Grund für uns zur Ablehnung der Vorlage ist ein mehr formeller. Wir haben seiner Zeit die Vorlage über die Halle-Soran-Gubener Bahn mit aus dem Grunde angenommen,

wie wir erwarteten, daß keine weitere derartige Vorlage noch in dieser Session gemacht werden würde. Wir stehen jetzt am Schluß einer langen Session, und wir können nicht mehr die Verantwortung für ein Unternehmen auf uns laden, dessen Rentabilität äußerst zweifelhaft ist. Ein Nebenpunkt, der auf viele Mitglieder nicht ohne Einfluß geblieben ist, der aber meine Freunde nicht zur Ablehnung bestimmen könnte, ist der Verhältnis der Directoren zu der Bahn und die exorbitante Entschädigungsforderung, welche diese Herren zu stellen für anständig gefunden haben, indem sie, die nur vier Jahre im Amt gewesen sind, jetzt ein lebenslängliches Gehalt von 13 000 Thlr. beanspruchen. Es ist allerdings ein sehr bedenklicher Schritt, wenn wir durch die Annahme dieser Vorlage derartige Forderungen sanctifizieren. Wir geben damit für andere Directoren ein bedenkliches Beispiel. Ich bitte Sie, die zweite Lesung im Plenum vorzunehmen und die Vorlage abzulehnen.

Handelsminister Achenthal: Ungefähr im Februar

des laufenden Jahres zeigte die Berlin-Dresdener Bahn an, daß ihre Vermögensverhältnisse fortgesetzt sehr verwickelt seien, daß ihr Schuldenstand nur schwer noch zu regulieren sei, und daher ein Weg gefunden werden müsse, um dieser übeln Lage abzuheben. Es wurde erwähnt, daß seitens der Berlin-Anhalter Bahn Offertern an die Dresdener Bahn bezüglich einer ewigen Übernahme des Betriebes gerichtet seien. Die Regierung beschied die Berlin-Dresdener Eisenbahn-Direction darin, daß im Interesse des öffentlichen Verkehrs ein derartiges Abkommen nicht genehmigt werden könne. Obgleich dieser Bescheid, ergangen auf Grund eines besonderen Staatsministerialbeschlusses, auch der Berlin-Anhalter Bahn mitgegeben wurde, sehe man dennoch die Verhandlungen fort, und die Berlin-Anhalter Eisenbahngesellschaft antwortete, daß sie sich nicht veranlaßt sehe, diesem Bescheid zu entsprechen, vielmehr die Frage der Belüftigung ihrer Aktiengesellschaft untersetzen müsse; die Staatsregierung werde entscheiden können nach Vorlegung eines durch den Beschluss der Generalversammlung formalisierten Vertrages. Inzwischen ist diese Angelegenheit in's Stocken geraten und von der Tagesordnung der Generalversammlung abgesetzt worden. Nun hat die Berlin-Dresdener Bahn in Rücksicht auf ihre Situation der Regierung Anträge gemacht, ob der Staat nicht geneigt sei, die Bahn zu erwerben. Die Regierung hat sich in Folge dessen über die finanzielle Lage der Gesellschaft zu unterrichten gesucht und vorbehaltlich der Genehmigung dieses hohen Hanse der Berlin-Dresdener Gesellschaft die Offerte gemacht, daß sie für praeter propter 7 1/2 Mill. Thlr. die Bahn zu kaufen gewillt sei. Da aber das Minimum der Forderung der Berlin-Dresdener Gesellschaft in einer Summe von 12 Mill. Thlr. bestand, so ist der Antrag von der Direction abgelehnt. Bei diesem Stande der Dinge ist der Weg in Betracht geogenen worden, welcher der gegenwärtigen Vorlage zu Grunde liegt. Die Verhandlungen sind bis in die letzten Tage geführt und durch die anstrengende Thätigkeit der beteiligten Beamten zum Abschluß gebracht. Was nun das Verhältniß zur Anhalter Bahn betrifft, so ist über die Entscheidung der Regierung vielleicht eine unliebsame Kritik in der Presse ausgeübt worden. Ich selbst kann über diese Sache mit größter Objektivität sprechen, weil ich die Dresdener Bahn weder concessionirt habe noch an ihrer Entstehung irgend einen Anteil besitze. Ich urtheile über das sogenannte Concourse-Prinzip bei Privat-Eisenbahnen vielleicht anders, wie manche in diesem hohen Hause. Dieses Prinzip ist, wie die Erfahrungen anderer Länder beweisen, ziemlich lärm und nur dann von Bedeutung, wenn der Regierung eine Einwirkung auf die Privatbahnen zufügt. Wenn nun aber die Staatsregierung die Berlin-Dresdener Bahn, die als Concourse-Bahn im Interesse des öffentlichen Verkehrs concessionirt worden ist, schon vor wenigen Jahren in die Hände der Anhalter Bahn gelangen ließ, so würde ich allerdings einen sehr eigenhümlichen Standpunkt eingenommen haben. Die Regierung darf dabei, ein an sich dem öffentlichen Verkehrsinteresse nützliches Unternehmen in die Hände des Staates zu bringen, daß diese Gelegenheit um so weniger vorübergehen zu lassen sei, weil der abzuschließende Vertrag in der That auch nach anderer Richtung dem Staat wesentliche Vortheile bringt. Wenn Sie bedenken, daß wir die ewige Verwaltung in die Hand bekommen, die ja jetzt zu leistenden Aufgaben, sowie die Gelder, welche für den Bau der Bahnhöfe in Berlin und Dresden veransagt werden, bei einem späteren Erwerb der Bahn zu Kaufpreis abzuziehen sind, so glaube ich meinesbeides die Ansicht anzusprechen zu dürfen, daß das Unternehmen als ein finanziell vortheilhaftes zu charakterisieren ist. Wenn der Herr Vorredner hervorhebt, daß wir selbst noch unrichtig in Bezug auf die Rentabilität sind, so ist das nur in dem Sinne, daß wir zweifelhaft sind, ob wir diese nicht zu niedrig veranschlagen haben, dagegen sind wir darüber durchaus nicht in Zweifel, daß sie sich überhaupt rentieren und dem Staat hiermit absolut kein finanzielles Opfer angesessen wird, während auf der andern Seite das öffentliche Verkehrsinteresse es entschieden bedingt, daß diese Bahn nicht in die Hände der concurrenden Bahnen gelange, daß sie sich vielmehr am zweckmäßigsten in der Hand des Staates sich befinden wird.

Abg. Graf Limburg- Stirum: Die Vorlage ist für mich eine äußerst antipathische, aber trotzdem kann ich mich nicht dazu verstellen, die Vorlage ohne Weiteres abzulehnen, sondern ich muß entschieden eine genaue Prüfung wünschen. Ich beantrage deshalb, die Vorlage die Budgetcommission zu verweisen. Wenn man sich auf den Punkt der Forderung von Seiten der Directoren bezieht, so finde ich diese auch durchaus nicht schön, besonders aber von Seite eines früheren Ministerialbeamten, eine höhere Summe jährlich zu verlangen, als sie ein Minister bekommt (Hört! Hört!), aber man muß doch berücksichtigen, daß die Herren bei einem eventuellen Concourse ihre Forderung ebenfalls bestreitigt erhalten werden. (Lebhafte Widerspruch.)

Geb. Finanzrat Röger: Wenn die Bahn in Concurs gerät, so besteht eine Möglichkeit für die Forderung der Directoren: entweder kauft eine andere Gesellschaft die Bahn zu einem höheren Preise an, als die jetzige Binsgarantie beträgt, und dann werden die Directoren reichlich so viel bekommen, wie sie jetzt fordern, oder jedes geschicht nicht, so können die Directoren geschicklich ihre vertragsmäßigen Ausprüche geltend machen, wie dies bei der pommerschen Centralbahn entschieden

ist. Die Regierung kann die gestellte Forderung allerdings durchaus nicht billigen, und die Regierungskommissionen haben sich aufs äußerste bemüht, die Directoren von ihrer Forderung abzubringen, aber sie haben sich einfach auf den Rechtsstandpunkt gestellt und werden das Weiteres abwarten.

Abg. Röderath: Meine Voraussetzung, daß die Annahme der Halle-Soran-Gubener Bahn eine Norm für alle hilfsbedürftigen preußischen Bahnen sein würde, hat sich leider erfüllt. Es handelt sich wieder um eine Bahn, die nicht zu Stande kommen kann, für die aber schon angeblich eine andere Privatgesellschaft eine hohe Summe geboten hat, aber im Interesse des Staates zurückgewiesen ist, und deren Rentabilität endlich uns für die Zukunft in den rosigsten Farben hingestellt wird, während die Gegenwart eine höchst trostlose ist. Wenn man einmal die Bahn für den Staat erwerben will, so sollte man doch die Verhältnisse klar legen und die hilfsbedürftigen Bahnen sofort kaufen, anstatt das vorliegende System durchzuführen, welches wirklich ein Selbstbetrieb des Staates ist. Mit demselben auffordern wir den Staat, selbst in eine zweifelhafte Konkurrenz einzutreten, und wenn er dann die Bahn rentabel gemacht hat, so muß er sie für hohes Geld erwerben. Wenn man einmal die Bahn für den Staat erwerben kann man von verschiedenen Gesichtspunkten ausgehen und sagen: was stimmt uns die Lage dieser Bahn, mag sie doch zu Grunde gehen, wir können uns jetzt nicht mehr damit beschäftigen; die Regierung ist aber jedenfalls der Ansicht, daß sie helfen muß und kann und daß sie hiermit auch zugleich den Vortheil des Staates wahrnimmt. Wenn die Gründe auf politischem Gebiete von Seiten des Handelsministers nicht erörtert worden sind und auch von mir nicht werden erörtert werden, so können dafür sehr naheliegende Gründe geltend gemacht werden. Von welcher Bedeutung es für uns sein muß, eine direct von Berlin nach dem Herzen des Königreichs Sachsen führende Bahn zu erwerben, das müßte, wie ich glaube, für jeden politischen Kopf — und die hohe Verfassung ist ja nun aus solchen zusammengefaßt (Heiterkeit) — klar sein. Der erste Vorredner hat nun behauptet, daß dieser Vertrag mit großen Opfern für den Staat verbunden sei, ich bin der Überzeugung, daß er nicht das allergeringste bringen wird. Sowie der Vertragsentwurf liegt, geht die Regierung von der Absicht aus, daß wir mit der Summe, für welche wir eine Binsgarantie übernehmen sollen, im Stande sind, alle Schuldenverhältnisse der Gesellschaft, auch die leidigen Verhältnisse zu den Directoren zu ordnen, genügende Verträge für die Bahn zu schließen, die noch theils auszuführen, theils zu vervollständigen sind, zu reservieren; und da wir keine Verpflichtungen den Aktionären gegenüber aufgenommen haben, so wird noch aus dem Betrieb der Bahn ein Reinertrag zu erzielen sein, der anscheinlich ist, um das garantirte Kapital von 23 100 000 M. zu verzinsen. Die Gesellschaft wird ja nach einigen Jahren vermöge der naturgemäßen Verkehrsentwicklung auf einen Standpunkt gelangen, um nicht allein die Zinsen zu decken, sondern auch die vom Staat hergegebenen Summen zurückzahlen zu können. Sobald dies eingetreten ist, ist das finanzielle Opfer des Staates gleich Null; er hat dagegen die volle Befugnis, nach 15 Jahren mit sich zu Rathe zu gehen, ob er die Bahn im eigenen Interesse erwerben kann oder nicht. Wenn die Regierung also vor die Alternative gestellt wird, in der vorgeschlagenen, für den Staat in keiner Weise mit finanziellen Opfern verbundenen Art der Eisenbahn zu bestehen, wenn man von dem Directorium absieht — (Heiterkeit), ob schon der Abg. Windthorst der Sache doch Unrecht that, wenn er sie für die schmutzigste erklärte. In diesem Hause sitzen die Preisrichter noch gar nicht, die bei einer solchen Concourse entscheiden können, wer den Sieg davonträgt. (Heiterkeit) Was nun aber überhaupt die Regierung in Zukunft mit dem Eisenbahnsystem vor hat, können wir heute nicht entscheiden. Sie hat vom Ueberordnunghaus die Vollmacht, wonach sie an die Stelle des Staatsseisenbahnsystems möglicherweise das Reichseisenbahnsystem treten lassen kann. Wir jedoch können nicht einzelnen Vorlagen unsere Bewilligung geben, ohne zu wissen, welches Ziel dabei verfolgt wird und unter Verweisung des Hauptmotivs. Ich bin ein großer Freund der Ausschaltung der Staatsbahnen; aber, selbst wenn die Session reichlich Zeit gehabt hätte, so würde ich doch vielleicht gebeten haben, das Haus möglicherweise einhalten, sich wie das Kind, was fürchtet über die Brücke zu gehen, an der Hand schriftweise herüberführen zu lassen. Lassen Sie uns vielmehr als Männer verhandeln, ob wir das System und die Methoden wollen. Zu Gunsten des Vertrages führt man auch an, daß die Regierung sich in einer die Bahn schädigenden Weise gegen die Gesellschaft benennen habe und wir den entstandenen Schaden nun wieder gut machen müssten. Ich protestiere dagegen, daß wir verpflichtet wären, mit Staatsmitteln gut zu machen, was die Regierung durch eine einseitige Regierungshandlung und ohne unsere Zustimmung Andenken an Schaden zugesetzt hat. (Sehr wahr!) Nun kommt die Berlin-Dresdener Bahn. Für diese sind jene beiden Motive nicht vorhanden. Sauber ist ihre Entwicklungsgeschichte nicht, selbst wenn man von dem Directorium absieht — (Heiterkeit), ob schon der Abg. Windthorst der Sache doch Unrecht that, wenn er sie für die schmutzigste erklärte. In diesem Hause sitzen die Preisrichter noch gar nicht, die bei einer solchen Concourse entscheiden können, wer den Sieg davonträgt. (Heiterkeit) Was nun aber überhaupt die Regierung in Zukunft mit dem Eisenbahnsystem vor hat, können wir heute nicht entscheiden. Sie hat vom Ueberordnunghaus die Vollmacht, wonach sie an die Stelle des Staatsseisenbahnsystems möglicherweise das Reichseisenbahnsystem treten lassen kann. Wir jedoch können nicht einzelnen Vorlagen unsere Bewilligung geben, ohne zu wissen, welches Ziel dabei verfolgt wird und unter Verweisung des Hauptmotivs. Ich bin ein großer Freund der Ausschaltung der Staatsbahnen; aber, selbst wenn die Session reichlich Zeit gehabt hätte, so würde ich doch vielleicht gebeten haben, das Haus möglicherweise einhalten, sich wie das Kind, was fürchtet über die Brücke zu gehen, an der Hand schriftweise herüberführen zu lassen. Lassen Sie uns vielmehr als Männer verhandeln, ob wir das System und die Methoden wollen. Zu Gunsten des Vertrages führt man auch an, daß die Regierung sich in einer die Bahn schädigenden Weise gegen die Gesellschaft benennen habe und wir den entstandenen Schaden nun wieder gut machen müssten. Ich protestiere dagegen, daß wir verpflichtet wären, mit Staatsmitteln gut zu machen, was die Regierung durch eine einseitige Regierungshandlung und ohne unsere Zustimmung Andenken an Schaden zugesetzt hat. (Sehr wahr!) Ich halte dafür, daß wir die Angelegenheit ohne eingehende Prüfung weder annehmen, noch ablehnen. Den kürzesten Weg ist, die Vorlage in die Budgetcommission hineinzuschicken, um sie von da nicht mehr zur Verhandlung zurückzubekommen. Sollte das Haus diesen Weg nicht annehmen, so würde ich dringend bitten, daß wir mit der zweiten Lesung dieser Vorlage in der gegenwärtigen Session verhindern bleiben.

Finanzminister Camphausen: Ich glaube, wenn die Regierung vor das Haus tritt mit dem Verlangen, die Zustimmung für eine Vorlage, wie die gegenwärtige, zu geben, daß denn doch der geringste Anspruch, den sie erheben kann, der ist, daß das Haus ausspricht, was es will. Es kann Nein sagen, es kann Ja sagen, aber keine Antwort zu geben, das würde meiner Meinung nach der Stellung des Hauses zur Regierung nicht entsprechen. Glauben Sie denn, daß es uns ein besonderes Vergnügen gewährt hat, in späterer Zeit der Session mit dieser Vorlage an das Haus heranzutreten; glauben Sie denn nicht, daß wir von vornherein auf den Einwand gesetzt waren, daß es schwer sein würde, noch in dieser Zeit Entschluß zu fassen? Die Fassung des Vertrages beweist es ja auch, daß wir sogar auf eine Ablehnung gefaßt waren (Hört! Hört!) aber jetzt diese Erwartung konnte uns nicht abhalten von der Einbringung; wir sind nicht allein verantwortlich für das, was wir thun, sondern auch für das, was wir unterlassen, und hier liegt nun das Verhältniß so, daß eine Eisenbahngesellschaft sich nicht in der Lage fühlt,

aus eigener Kraft die Fortführung des Unternehmens einzutreten zu lassen, und daß sie sich vertraulich mit der Frage an den Staat wendet, ob und unter welchen Bedingungen er bereit sei, die Fürsorge zu übernehmen. Der Vorredner vertheidigt nun den Gedanken, daß alles nach gewissen festen Prinzipien behandelt werden soll, und er macht der Regierung den Einwand: Wie können Sie verlangen, daß wir immer nur Brüderlichkeit praticiren sollen; aber wenn wir diese Idee auf das Praktische anwenden, wie kommt die Sache da zu stehen? Die Münster-Enschede-Bahn war in solcher hilfsbedürftigen Lage im Frühjahr 1875, und die Bevölkerung würden uns es wohl sehr wenig dank gewußt haben, wenn wir, statt ihnen zu helfen, die kühle Antwort gegeben hätten, wir müßten erst einen großen Plan machen, und wenn dieser fertig ist, vielleicht erst nach mehreren Jahren, kann die Hilfe eintreten. Im vorigen Jahre sind wir in einer ähnlichen Lage mit der Halle-Soran-Gubener Bahn gewesen, und ich habe es sehr bedauert, daß wir nicht die Vorlage schon damals machen konnten und der ungemein ungünstige Zustand sich vom Juli 1875 bis vor Kurzem hingezogen hat. Jetzt tritt das Verhältniß der Berlin-Dresdener Bahn ebenso an uns heran. Nun kann man von verschiedenen Gesichtspunkten ausgehen und sagen: was stimmt uns die Lage dieser Bahn, mag sie doch zu Grunde gehen, wir können uns jetzt nicht mehr damit beschäftigen; die Regierung ist aber jedenfalls der Ansicht, daß sie helfen muß und kann und daß sie hiermit auch zugleich den Vortheil des Staates wahrnimmt. Wenn die Gründe auf politischem Gebiete von Seiten des Handelsministers nicht erörtert worden sind und auch von mir nicht werden erörtert werden, so können dafür sehr naheliegende Gründe geltend gemacht werden. Von welcher Bedeutung es für uns sein muß, eine direct von Berlin nach dem Herzen des Königreichs Sachsen führende Bahn zu erwerben, das müßte, wie ich glaube, für jeden politischen Kopf — und die hohe Verfassung ist ja aus solchen zusammengefaßt (Heiterkeit) — klar sein. Der erste Vorredner hat nun behauptet, daß dieser Vertrag mit großen Opfern für den Staat verbunden sei, ich bin der Überzeugung, daß er nicht das allergeringste bringen wird. Sowie der Vertragsentwurf liegt, geht die Regierung von der Absicht aus, daß wir mit der Summe, für welche wir eine Binsgarantie übernehmen sollen, im Stande sind, alle Schuldenverhältnisse der Gesellschaft, auch die leidigen Verhältnisse zu den Directoren zu ordnen, genügende Verträge für die Bahn zu schließen, die noch theils auszuführen, theils zu vervollständigen sind, zu reservieren; und da wir keine Verpflichtungen den Aktionären gegenüber aufgenommen haben, so wird noch aus dem Betrieb der Bahn ein Reinertrag zu erzielen sein, der anscheinlich ist, um das garantirte Kapital von 23 100 000 M. zu verzinsen. Die Gesellschaft wird ja nach einigen Jahren vermöge der naturgemäßen Verkehrsentwicklung auf einen Standpunkt gelangen, um nicht allein die Zinsen zu decken, sondern auch die vom Staat hergegebenen Summen zurückzahlen zu können. Sobald dies eingetreten ist, ist das finanzielle Opfer des Staates gleich Null; er hat dagegen die volle Befugnis, nach 15 Jahren mit sich zu Rathe zu gehen, ob er die Bahn im eigenen Interesse erwerben kann oder nicht. Wenn die Regierung also vor die Alternative gestellt wird, in der vorgeschlagenen, für den Staat in keiner Weise mit finanziellen Opfern verbundenen Art der Eisenbahn zu bestehen, wenn man von dem Directorium absieht — (Heiterkeit), ob schon der Abg. Windthorst der Sache doch Unrecht that, wenn er sie für die schmutzigste erklärte. In diesem Hause sitzen die Preisrichter noch gar nicht, die bei einer solchen Concourse entscheiden können, wer den Sieg davonträgt. (Heiterkeit) Was nun aber überhaupt die Regierung in Zukunft mit dem Eisenbahnsystem vor hat, können wir heute nicht entscheiden. Sie hat vom Ueberordnunghaus die Vollmacht, wonach sie an die Stelle des Staatsseisenbahnsystems möglicherweise das Reichseisenbahnsystem treten lassen kann. Wir jedoch können nicht einzelnen Vorlagen unsere Bewilligung geben, ohne zu wissen, welches Ziel dabei verfolgt wird und unter Verweis

des Ministeriums der neuen Aera, v. Auerswald. Dieser war der eigentlich leitende Minister und hatte viel speciell preußische Angelegenheiten zu verwalten, über die ich selbst mit ihm gelegentlich zu verhandeln hatte. Das die jetzt ernannten Herren preußische Angelegenheiten verwaltet werden, ist nicht nachgewiesen, auch ist kein bestimmtes Reisort nach unserer jetzigen Geschäftstheilung für sie zu finden. Es sind Minister ohne Portefeuille berufen worden, welche nicht nur in den das Reich und Preußen gemeinsamen Angelegenheiten, sondern in allen Beziehungen Sitz und Stimme im preußischen Ministerium haben sollen. Ob diese Herren dafür Emolumente beziehen, werden wir wohl beim nächsten Budget sehen. Inwiefern diese Herren sich dem Gesetz über die preußischen Staatsdienste unterwerfen kontinenten, ohne ihre Rechtsstellung zu verlieren, darüber gedenke ich sie selbst im Reichstage zu interpelliren. Es ist ferner zweifelhaft, ob Männer, die im Reiche zum Reichskanzler im Verhältnis eines vortragenden Raths stehen, im preußischen Ministerium ihm gegenüber die nötige Unabhängigkeit und Selbstständigkeit werden bewahren können, oder ob sie nicht lediglich das große Gewicht der Präsidialgewalt durch ihre Stimmen verstärken werden. Bedenkt man die wichtigen Eisenbahnenfragen, so ist es wenigstens fraglich, ob bei solchem Übergewicht des Reichs im preußischen Ministerium die speciell preußischen Interessen gebührend Rücksicht finden. Dieser Zustand kann nicht fortbestehen, er ist unverträglich mit dem constitutionellen Prinzip. Wenn wir in einen Conflict mit dem Ministerium gerathen, und das Ministerium tritt, weil die Majorität sich gegen dasselbe erklärt hat, zurück, thun daß dann die neuernannten Herren auch, oder bleiben sie als eiserner Bestand zurück? (Heiterkeit.) Wenn das constitutionelle System Bedeutung haben soll, was bis jetzt bei uns nicht der Fall ist, so muß die Homogenität des Ministeriums klar sein, und dies ist jetzt nicht der Fall. Ich muß deshalb sagen, eine solche Organisation widerspricht, wenn auch nicht dem Buchstaben, so doch dem Sinne und Geiste der Verfassung und der Entwicklung des constitutionellen Systems. Ich würde eine Resolution dahin beantragen, daß wir die Regierung auffordern, uns in der nächsten Session ein Gesetz über die Organisation des Staatsministeriums und die Ministerverantwortlichkeit vorzulegen, wenn sich meine Anträge bei der sogenannten Majoritätsfraktion einer größeren Gunst erfreuen. Möge ein anderer das thun, ich werde ihn unterstützen. Vorläufig beantrage ich die Beratung des vorliegenden Schreibens entweder in einem besondern Ausschuß oder in der Justizcommission. (Beifall im Centrum.)

Finanzminister Camphausen: Die Ernennung des Ministers Friedenthal ist zu einer Zeit, wo das Haus nicht versammelt war, erfolgt und im "Staatsanzeiger" publiziert worden. Sollte eine besondere Benachrichtigung des Hauses durch ein Versäumnis meinerseits unterblieben sein, so bitte ich um Entschuldigung; es soll in Zukunft nicht wieder vorkommen. Der Marineminister v. Stosch war weder noch ist er jetzt Mitglied des Staatsministeriums. Der Minister Delbrück war ebenfalls nicht Mitglied des Staatsministeriums, sondern nahm nur Theil an den Ministerialberatungen und hatte in bestimmten Fällen den Fürsten Bismarck mit seinem Votum zu vertreten. Dieses Verhältnis hat auch aufgehört. Gegenwärtig sind die Herren v. Bülow und Hofmann zu Mitgliedern des Staatsministeriums mit Sitz und Stimme ernannt worden. Der Vorredner hat die formelle Befugnis der Krone zu einem solchen Votum anerkannt, sowie, daß die Verfassung keine ausdrückliche Bestimmung in dieser Beziehung enthält und richtig darauf hingewiesen, daß das Ministerium der neuen Aera, welches sich besonders die Wahrung des constitutionellen Systems zur Aufgabe mache, Minister ohne Portefeuille in seiner Mitte habe. Ich glaube auch, daß das Abgeordnetenhaus Gelegenheit haben wird, die neuen Minister in seiner Mitte zu sehen, und gewiß wird der Minister v. Bülow bei der nächsten Staatsberatung den Titel des auswärtigen Amtes vor dem Hause vertreten. Wie dem auch sein mag, dieselben haben den Eid auf die preußische Verfassung geleistet und werden das ihnen vom Könige übertragenen Amt unter Wahrung der preußischen Interessen führen. Das speciell preußische Interessen in den Hintergrund treten, wie z. B. in der Eisenbahnfrage, glaube ich nicht, dagegen werden sich die eingeladenen außerordentlichen Ressortchef schon wehren, selbst wenn ihnen die Majorität des Staatsministeriums gegenübersteht. Kann ein Minister mit seiner Ansicht in einer wichtigen Frage seines Ressorts im Staatsministerium nicht durchdringen, mein Gott! dann überläßt er sein Amt anderen Leuten. (Heiterkeit.) So würde es beispielsweise der Finanzminister machen. Der positive Gewinn der neuen Ernennungen bleibt noch zu erörtern. Da die Entwicklung Preußens nicht denkbar ist ohne das Gebeinen des Reichs, so muß bei jeder Maßregel Preußens die Wirkung derselben auf das Reich ins Auge gefaßt werden. Zum Beirath in solchen Fragen, welche an jeden Ressortchef herantreten, sind jene beiden Männer berufen. An Stelle des moralischen Einflusses meines hochberehrten Freunden Delbrück treten sie mit einem bestimmten Rechtsverhältnis. Die Krone war zu der Berufung befugt, constitutionelle Bedenken stehen derselben nach unserer Meinung nicht entgegen, und jetzt wie vorher werden die preußischen Minister das Interesse des großen deutschen Vaterlandes unverwandt im Auge haben. (Beifall.)

Abg. v. Kardorff: Die Ernennung der beiden neuen preußischen Minister soll eine der Majorität des Hauses genehme engeren Verbindung der preußischen mit der Reichsverwaltung zwischen.

Abg. Hanel: Eine innige Verbindung der preußischen Staats- und der deutschen Reichsverwaltung, welche auch seine Partei wünsche, sei genugsam gewahrt durch die Verbindung des Amtes des Reichskanzlers und des preußischen Ministerpräsidenten in einer Person und dadurch, daß die preußischen Minister meist Mitglieder des Bundesrates seien. In der Darstellung der faktischen Verhältnisse und der daraus gezogenen Consequenzen stimme er dem Abg. Windhorst vollkommen bei. Es sei bedenklich, die Bureauvorstände des Reichskanzlers gleichzeitig zu selbstständigen preußischen Staatsministern zu machen, jedenfalls sei es aber eine große Rücksichtslosigkeit der Regierung, daß zu einer Neuordnung derselben über diese Verhältnisse erst eine Initiative aus dem Hause gegeben werden müsse. Dem Wunsche des Abg. Windhorst auf Vorlegung eines Minister-Berantwortlichkeitsgesetzes müsse er im Namen seiner Partei beitreten, und gleichfalls werde er sich dem Antrage auf Verweisung an eine Commission anschließen.

Abg. Gneist wendet sich gegen die Behauptung des Abg. Windhorst, als widerprüchen die geschehenen Ernennungen dem Geiste und Sinne der Verfassung; er müsse nach der bisherigen politischen Geschichte Preußens und vieler europäischer Länder einfach sagen: Non liquet. Ebenfalls hält er den vom Abg. Hänel gebrachten Ausdruck "Rücksichtslosigkeit" für den gegebenen Fall zu stark und nicht gerechtfertigt.

Abg. Birchow: Das non liquet des Abg. Gneist steht uns viel näher als die rücksichtslose Neuordnung des Ministeriums, es handele sich nur um Ausführung einer königlichen Prätrogative. Gegen diese gefährliche Auffassung muß ich protestieren. Eine genetische Entwicklung läßt sich nicht beliebig auf Grund einer geschriebenen Verfassung vollziehen, und wenn der Reichskanzler derselben gegenüber mit einer gewissen Beweglichkeit uns mit allerlei Experimenten begnügt, so brauchen wir uns denselben nicht als bloßes Material zu führen. In England ist das Ministerium der Executivausschuß

der parlamentarischen Majorität, bei uns soll aber nach dem Willen des Ministeriums eine artificielle Entwicklung an die Stelle der genetischen gesetzt werden. Dem Minister Camphausen würde ich nach seinen Versicherungen gern ein solches genetisches Experiment in die Hände legen, namentlich, wenn jeder seiner Collegen die gleiche Versicherung abgeben würde. (Heiterkeit.) Wir würden uns freuen, wenn das Ministerium nur immer Fühlung mit der parlamentarischen Majorität behielte; das scheint aber derjenige Minister nicht zu thun, welcher durch Sturm und Drang der Conflictzeit bis jetzt regiert und die Ansicht hat, auch den Finanzminister überzuregen. (Heiterkeit.) Der Graf zu Eulenburg ibit hier, als wenn er mit der Majorität einer Meinung wäre, während er im anderen Hause eine ganz entgegengesetzte Haltung einnimmt, um die Majorität in unwürdiger Weise zu bauen. Ist das genetische Entwicklung? (Große Heiterkeit.) Der Ministerpräsident sagt uns zwar, wenn man mir das und das zunothet, dann gebe ich; — ja wenn das ganze Ministerium das auch einmal sagte! (Große Heiterkeit.) Wir haben ja gar kein Ministerium, sondern nur eine Sammlung von Ministern (Heiterkeit), welche verschiedene Grundsätze haben. Was Deutschland für Nutzen davon haben soll, daß der Reichskanzler durch zwei Minister ohne Portefeuille — später vielleicht durch zehn — die Majorität im preußischen Ministerium hat, ist mir unverständlich. Sollte ein reichsfreindliches Ministerium in Preußen am Ruder sein, so müßte der Reichskanzler die Beibehaltung seines Portefeuilles von der Entlastung eines solchen Ministeriums abhängig machen. Anfangs bestehen bekommen wir untergeordnete Beamte des Reichskanzleramtes zu preußischen Ministern. Es wäre vielleicht im Interesse der Nationalentwicklung wünschenswerth, wenn der König von Bayern die beiden Herren ebenfalls in sein Ministerium berufen würde (Heiterkeit); es wäre vielleicht besser, als wenn sie in unserem Ministerium sitzen (Heiterkeit). Und nun möchte ich doch auch die Frage aufrufen: sind denn in der Tha gerade die Personen, die man uns in das Ministerium geschickt hat, solche, von denen die deutsche Nation ihre Wiedergeburt und Weiterentwicklung zu erwarten hat? (Sehr gut!) Hatten wir in Preußen kein Material das sich den Herren v. Bülow und Hofmann an die Seite stellen ließ? Müßten wir wirklich bei den Beamten des Reichskanzleramtes Betteln gehabt, um uns die Hilfe zu suchen, durch die unser Ministerium an die richtigen Wege gebracht, um endlich Deutschland zu derjenigen Stellung zu bringen, die es in der Welt haben soll? (Sehr gut!) Dr. v. Bülow war einma

— wie glaubwürdig versichert wird — mecklenburgischer Bundesstaatsgefährter und soll als solcher sehr segensreich — für die weitere Zukunft des Bundesstaates gesorgt haben (Heiterkeit); dann ist er späterhin bekanntlich in sein heimisches Land, das Land der Erbweissheit (Heiterkeit) zurückgekehrt, und ob gerade von dorther an zweitmäßigsten großen deutschen Gedanken in unser Ministerium importiert werden (Heiterkeit), das möchte ich dabingestellt sein lassen. Es gilt hier dasselbe, wie von Bayern; wenn unser Ministerium gelegentlich einmal Delegierte in das dortige Ministerium hineinschickte, so würde das vielleicht für Mecklenburg viel zuträglicher sein, als die umgekehrte Maßregel. (Heiterkeit.) Was den Herrn Hofmann betrifft, so habe ich nichts Böses über ihn zu sagen (Heiterkeit), aber auch nichts besonders Gutes. Ich glaube, daß wenig Beweise vorliegen, daß gerade er diese höhere Potenz repräsentirt, die unseres Ministeriums bis dahin fehlte. (Heiterkeit.) Also selbst, wenn man sich auf den Standpunkt der bloßen politischen Utilität stellt, ist dieses Experiment ein gebedeutsches. Nach Art. 45 der Verfassung erneut und entläßt den König die Minister; daß er aber hiernach das Reich haben sollte, beliebig viele Minister zu ernennen und in schöpferischer Fülle das Ministerium mit immennewen Elementen zu besetzen, das möchte ich doch bestreiten. Nur dadurch, daß man diesen Ministern ohne Portefeuille kein Gehalt aus der preußischen Staatskasse zaubert, hat man versuchen können, die künstliche Interpretation durchzuführen, daß der preußische Landtag über diese Frage nicht mitzuentscheiden habe. Nach meiner Auffassung kann die Bestimmung der Verfassung keinen anderen Sinn haben, als daß der König die Prärogative hat, die Ministerstellen, die vorhan den sind nach seiner Wahl zu ernennen und sie wieder zu entlassen. Der Abg. Gneist hat auf Präcedenzfälle hingewiesen. Ja, Präcedenzfälle sind da, weil die Landesvertretung dem Ministerium gegenüber machtlos ist und sich darauf beschränken muß, mit Worten zu protestieren. Es ist ein Zeichen der unglaublichen constitutionellen Schwäche, in der wir uns befinden. (Sehr richtig!) Wäre der Landtag stark genug und hätte er die verfassungsmäßige Cautele, das Minister verantwortlichkeitsgefecht etc., so könnten derartige Dinge nicht wieder vorkommen. Das Berufen auf unrechtmäßige Präcedenzfälle ist völlig incorrect, denn damit daß jemand, der die größere Gewalt hatte, einen Anderen einmal wiederzumerken Veranlassung nahm, hat er doch noch nicht das Recht, dies immer wieder zu thun. (Heiterkeit.) Wenn der Reichskanzler amt gauß nach seinem Belieben unsere höchsten Institutionen ändert, dann danken wir doch lieber gleich ab; wo zu denn überhaupt noch dieses parlamentarische Weten? (Sehr wahr!) Dann ist unsere Monate lange aufreibende Thätigkeit völlig überflüssig, und wir können nur überhaupt auf jede constitutionelle Einrichtung reagieren. Ich habe mich bereit erklärt, auf unserer Weten im Interesse d. i. Entwicklung der deutschen Nation zu verzichten, aber dann müßten auch unsere Befürührungen auf Deutschland übertragen, vor Allem das Reichskanzleramt fassirt in einer Summe, nicht bloß auf dem Papier verantwortliche Stellungen umgewandelt werden. Aber so lange die Situation im Reiche eine so schlimme ist, können wir nicht auf unsere Rechte verzichten. Auch werde ich für Beweisung an eine Commission stimmen, aber ich würde allerdings nicht darauf verzichten, einen förmlichen Anspruch des Hauses zu provociren, indem es Protest einlegt gegen diese Verhältnisse, und indem es nicht die Meinung aussumont läßt, daß es mit voller Zustimmung ein solches Präcedenz wieder geschafft habe. (Lebhafte Beifall.)

Minister Camphausen: Wenn es dem Vorredner gefallen hat, gegen den Minister des Innern mit den stigtesten Angriffen vorzugehen, so möchte ich ihn bitten, diese Angriffe in Gegenwart meines Collegen zu wiederholen, ich zweifle nicht, daß derselbe dann die Antwort nicht schuldig bleiben wird. Der Vorredner bestreitet, daß die Ernennung eines Ministers ohne Portefeuille zur Zeit der neuen Aera als Präcedenzfall hat anerkannt werden können, weil das Hause diese Ernennung sich habe gefallen lassen müssen und nur mit Worten dagegen habe protestieren können. Wenn das Hause damals mit Worten protestirt hätte, so würde ich dem Vorredner Recht geben; man hat es aber ohne jeden Widerprotest gelassen, und deshalb habe ich mich für vollkommen berechtigt gehalten, mich auf diesen Präcedenzfall zu beziehen. Die Berechtigung, die Männer, um deren Ernennung zu preußischen Ministern es sich gegenwärtig handelt, als "untergeordnete Beamte des Reichskanzleramtes" zu bezeichnen, möchte ich dem Vorredner bestreiten. Die Stellung des Staatssekretärs des auswärtigen Amtes und des Präsidenten des Reichskanzleramtes ist doch vollkommen analog der Stellung des preußischen Minister, wenn ich auch zugebe, daß diese Analogie wegen ihres Verhältnisses zu dem allein verantwortlichen Reichskanzler sich nicht in allen Punkten durchführen läßt. Weshalb aber ein solcher Mann nicht vollkommen fähig sein soll, im preußischen

Staatsministerium ein unabkömiges Votum abzugeben, vermag ich nicht einzusehen. Bevor die Ernennung erfolgte, sind die übrigen Mitglieder des preußischen Staatsministeriums darüber befragt worden, und alle haben ausnahmslos sich für die verfassungsmäßige Zulässigkeit der Maßregel ausgesprochen. Wenn ich die Verfassungsmäßigkeit behauptet, so bezog ich mich dabei auf die Bestimmung der Verfassung: "der König ernennt und entläßt die Minister". Nun meint der Vorredner, aus dieser Bestimmung könne man nicht das Recht der Krone herleiten, Minister ohne Zahl zu ernennen. Aber erfolgt denn nicht die Ernennung von Ministern eben so wie jede andere Regierungshandlung des Königs unter Contrat signatur eines Ministers, die dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt? Jedenfalls bleibt abzuwarten, wie die neue Einrichtung wirkt. Sollte der Einfluß ein ungünstiger sein, so wird dies darin führen, andere Maßregeln zu treffen. Wir hoffen jedoch, daß der Erfolg ein günstiger sein wird und glauben, unsere Pflichten gegen den preußischen Staat wie gegen das Reich in gleicher Weise im Auge behalten zu haben. (Beifall.)

Der Vorredner bemerkte Abg. Birchow, daß er mit dem

Ausdruck: "untergeordnete Beamte des Reichskanzleramtes" nicht daran gedacht habe, die Stellung dieser Beamten als eine weniger hervorragende zu bezeichnen, sondern daß er damit nur das dem Reichskanzler "untergeordnete" Verhältnis dieser Beamten habe anbemerken will. Der Aufforderung des Finanzministers, den Grafen Eulenburg persönlich seine Meinung in unzweideutiger Weise auszusprechen, werde er gern Folge leisten. (Heiterkeit.) Das Haus beschließt, dem Antrage des Abg. Windhorst (Meppen) entsprechend, das Schreiben des Staatsministeriums der Justizcommission zu überweisen.

Es folgt die Beratung von Petitionen. Vor Isenlohn und Oberhausen aus sind dem Hause Petitionen eingereicht worden, welche Beschwerden darüber führen, daß der unter diesen Städten betriebene Bergbau Bodenentnahmen und in deren Gefolge Zerstörungen an Gebäuden und sonstigen Anlagen hervorrufe. Nachdem der Referent den Antrag der Commission begründet, welcher dabin geht, die Petitionen der Regierung zur Berücksichtigung resp. Erwägung zu überweisen und der Reg.-Bez. Kassel und betreffend die Verwaltung der Gemeindeholzungen in den alten Provinzen.

Die Beratung der Stadtordnung wird fortgesetzt.

Nach § 75 der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses ist in den durch Gemeindebeschluß zu erledigenden Angelegenheiten auf Antrag des Magistrats oder der Stadtverordnetenversammlung eine gemeinschaftliche Sitzung beider Collegen anzuberufen. Die Commission beantragt die Änderung dieses Paragraphen darin, daß, wenn nicht der Magistrat die gemeinsame Beratung beider Collegen verlangt, auf Antrag der Stadtverordnetenversammlung zur vorbereitenden Erörterung einzelner Angelegenheiten nur gemischte Commissionen zusammenentreten müßten. Geh. Rath Wohler erklärt sich entschieden gegen diesen Antrag, dessen Ablehnung er für unerlässlich hält, um das Einverständnis mit dem anderen Hause zu erhalten. v. Voß schließt sich dem an. Dennoch wird der Commissionsantrag angenommen.

In § 87 hat die Commission die Verpflichtung der Städte zur Aufstellung von Militärivaliden für solche Stellen aufzuhören, die eine höhere oder eine eigenthümliche Geschäftsbildung erfordern. — Reg.-Comm. Oberlieutenant Blume sieht darin eine außerordentlich Schädigung der militärischen Interessen des Reichs, denen die bisherige Sicherung des künftigen Fortkommens der Soldaten unentbehrlich sei. — Landrat v. Winterfeld kann dies nicht anerkennen, die Militärivaliden würden sehr häufig angefechtet, ohne Zweck zu verstehen, könnten manchmal nicht einmal rechtschrieben, müßten in Folge mangelhafter Bildung entlassen werden und seien damit für alle Zeiten als unzählig gestempelt; dies aufzuheben sei also eine Forderung gerade ihres Interesses. — § 87 wird angenommen.

Die §§ 116, 117 und 118 handeln von der Ausübung der Polizeiverwaltung. Die Commission beantragt den § 116 der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses, nach welchem die örtliche Polizeiverwaltung, soweit sie nicht einer besonderen Staatsbehörde übertragen ist, von dem Magistrat geführt werden soll, zu streichen, und im § 118 die ersten beiden Abfälle der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses darin umzudrücken: Im Nebigen steht die Verwaltung der örtlichen Polizei dem Bürgermeister zu." Beide Commissionsanträge werden angenommen, während § 117 nach dem ersten Satze: "Der Magistrat beschließt innerhalb der Grenzen des Haushaltsets über die Organisation des städtischen Polizeidienstes und über die Mithilfe der Krone und auf die Thatachen, daß die Verfassung die Erneuerung der Linie zur Durchführung der allgemeinen Eisenbahnpolitik notwendig sei, nur der Abg. Graf Limburg-Styrum eintrat. Von allen Seiten, die Regierung nicht ausgeschlossen, wurden aber die colossalen Ruhengehalte, welche die Directionsmitglieder der Bahn sich ausbedungen haben, dem schärfsten Tadel unterzogen. Schließlich erfolgte die Überweisung der Vorlage an die Budgetcommission, wie wir schon gestern in Aussicht stellten.

Der andere Hauptpunkt der Verhandlung war

die Erörterung, welche sich an das Schreiben des Präsidiums des Staatsministeriums, betreffend die

Ernennung der Herren v. Bülow und Hofmann zu

Mitgliedern des Staatsministeriums, knüpften.

Der Abg. Windhorst-Meppen reproduzierte in seiner Rede alle die erheblichen Bedenken, welche gegen diese Art Minister ohne Portefeuille bereits geltend gemacht sind, und kam zu dem Schlusse,

dass die Regierung eine Vorlage wegen gesetzlicher

Organisation des Staatsministeriums machen möge.

Einen bezüglichen Antrag stellte er indeß nicht, sondern wünschte nur, daß das Schreiben zur

näheren Prüfung der Frage einer Commission überreicht werde.

Der Bicemisterpräsident Camphausen stützte sich in seiner Antwort hauptsächlich auf die Prätrogative der Krone und auf die Thatachen, daß die Verfassung die Ernennung von Ministrern ohne Portefeuille jedenfalls nicht verbiete.

Im Nebigen suchte er das eigenthümliche Verhältnis durch den eben so eigenthümlichen Gang der neuen preußisch-deutschen Staatsentwicklung zu rechtfertigen. Diesen Ausführungen trat dann der Abg. Birchow mit gewohntem häufig treffendem Sarkasmus entgegen, indem er besonders bestritt,

dass die in Rede stehenden Ernennungen ein Produkt der genetischen Entwicklung seien.

Nach einer Replik des Ministers Camphausen wurde die An-

gelegenheit der Justizcommission überwiesen.

Vor einem Jahre etwa sagte die "Kreuzzig,"

wenn einmal wieder eine neue Regierungspartei

auf den Leib zugeschnitten werden würde, so könnte diese, wenn dem Reichskanzler nicht einmal mehr die Nationalliberalen ge-

fügig genug wären, nur noch aus den Landräthen und den Bürgermeistern bestehen. Eine solche

Landrathliche Leibfraktion zu gründen, hat nun, jenen Wink beachtend, ein strebsamer Landrat aus dem Posseischen übernommen. Unter den

liberalen Abgeordneten circulierte gestern ein An-

schreiben des Landrats des Kreises Samter an

die jämmerliche Landrathilfe der Monarchie, worin diese

Herren ersucht werden, bei den Wahlen energisch

vorzugehen und für die Bildung einer neuen

"national-conservative Partei" zu sorgen, welche

als eine "Partei Bismarck" in die Schranken treten

sollte. Voraussichtlich wird die Veröffentlichung dieses Wahlauftrags nicht lange auf sich warten lassen.

In der Provinz Posse, von wo das

Manöver seinen Ausgang nimmt, haben sich diese

und ähnliche Experimente stets als das beste Mittel

bewahrt, den Candidaten der Polen gegen die

len für ein Bündnis mit den Künstlern und den Agrariern und verlangt von den Letzteren, daß sie in No. 3 ihres Programms die Anfangsstelle streichen: „Auf der Grundlage des Freihandels stehend, sind wir Gegner der Schutzzölle.“ Und was antwortet Niendorf darauf? Er verwahrt sich dagegen, daß die angefochtene Stelle von ihm herrübe, sie sei Elsner v. Gronow's Werk. Nun, mit Herrn Elsner v. Gronow werden sich die Herren Stein und Genossen schon verständigen. E. v. G. hatte schon vor längerer Zeit einen Artikel vom Stapel gelassen, in dem er den Schutzzöllen die agrarische Hand entgegenstreckte, einen Artikel, der selbst bei hervorragenden westpreußischen Agrariern, wie wir aus deren Munde wissen, Bedenken erregte. Von größtem Interesse ist für uns eine weitere Auslassung des mit Niendorfs Namen unterzeichneten Artikels. Man höre:

„Unbedingt in dem, was wir für recht und billig erkannt haben, wird uns auch kein Verstand der Verständigen beweisen, daß Schutzzölle wie die Eisen- und Garnzölle unbillige Produktionsvorrechte nicht enthalten.“

Also „im Prinzip“ sind Eisen- und Garnzölle ganz unbillige Dinge. Wie gestaltet sich dagegen die Praxis? Dicht an jene Worte schließt sich Folgendes an:

„Anders steht es damit, daß einmal früher solche Fehler gemacht sind und die Wirkung der Schutzzölle in den bestehenden verfehlten, weil künstlich stimulierten Etablissements vor uns liegen. Damit mag als mit thatächlichen Verblüffungen gerechnet werden. Das ist Alles, was wir concediren können.“

Das ist ja auch schon Alles, was die Herren Schutzzölle verlangen. Mit einiger Klugheit ausgelegt, können damit schon alle ihre Forderungen befriedigt werden. Wenigstens vorläufig; ist der Wagen erst in's Rückwärtsrollen gebracht, so werden sie, das Uebrige schon befohlen und auch gütigst jedem gestatten, sich das „Prinzip“ des Freihandels an einem sicherem Orte aufzubewahren.

Vor zwei Jahren etwa prophezeite Niendorf, daß die Schutzzöllner ihre Wünsche mit Hilfe der Seehandelsplätze durchsetzen würden; es gäbe 5 bis 6 „Ringe“, die Eisen-, die Textil- u. s. w. Industriellen und endlich die Großhändler der Seestädte, die sich zum Schein mit Jenen befreiten und endlich doch einig würden, indem sie einen Compromiß zu gegenseitigen Vortheil auf Kosten der Gesamtheit abschließen. So würden die Seehäfen auch schließlich mit den Schutzzöllern pachten. Mit jenen „Ring“ scheint es doch nicht ganz richtig gewesen zu sein. Die Lust zum Pachten ist schon da, aber nicht auf Seiten der Seehandelsplätze. Niendorf hilft aber über seiner Partei das Grab graben. In den Küstenprovinzen geben doch bei den Agrariern die Interessen schließlich den Ausschlag, und wo diese hinweisen, ist klar.

Vielleicht geht aber jetzt Manchem ein Licht über Niendorf's Charakter auf, der darüber noch nicht genügend unterrichtet war. Bei Einigen ist dies schon geschehen. Vor zwei bis drei Monaten ging uns aus jenen Kreisen die Mittheilung zu, daß man sich aus Parteirücksichten nach einem andern Wortführer umschau. Es spielte da Manches, was nicht an die Öffentlichkeit kam und nur aus den bekannt gewordenen Nachrichten errathen werden kann. Manche Herren haben sich aber doch schon so an den lauten Schall der bisherigen Trompete gewöhnt, daß sie ihn nicht gern entbehren mögen.

In der Türkei gährt es noch gewaltig. Aus Paris wird von gestern Vormittags telegraphiert: „Ein soeben aus Konstantinopel in Paris eingetroffenes Telegramm meldet die Verhaftung zahlreicher Offiziere und deren Überführung in die Gefängnisse von Skutari. Die Garnison von Konstantinopel soll gewehrt werden; die zur Ablösung derselben bestimmten Truppen sind bereits telegraphisch berufen. Die Minister lassen sich bewachen. Große Erregung.“ Als ein neues Unstürzelement sollen sich die Lastträger organisirt haben, deren Vorsteher ein Schwiegervater des ermordeten Hussein Avni war. Die Minister schlagen sich um die Beute und wollen Europa Sand in die Augen streuen. Man spricht von einer „Verfassung“ und anderen schönen Dingen; im Ernst aber denken die Herren, die sich gern „liberal“ nennen lassen, nicht daran, die Paria-Stellung der Christen wesentlich zu ändern.

## Deutschland.

△ Berlin, 23. Juni. Der neueste dem Abgeordnetenhaus zugegangene Gesetzentwurf erhöht den durch Gesetz vom 10. März 1863 für die hilfsbedürftigen ehemaligen Krieger aus den Jahren 1813—15 festgesetzten Maximal-Unterstützungssatz von 10 auf 12 M. monatlich, und zwar soll, so lange der Fonds zur gleichmäßigen Verübung sämtlicher vorhandener hilfsbedürftigen Veteranen nicht ausreicht, der größeren hilfsbedürftigkeit, und wo diese gleich ist, dem höheren Lebensalter der Vorzug gegeben werden. Ferner soll die Genehmigung zu dem Unterstützungsatz von 20 M. bei dem Könige erbeten werden: für die Veteranen aus den Jahren 1806 bis 1812, für die Nichtcombattanten von 1806 bis 1815, endlich für diejenigen Krieger, welche in einer feindlichen Armee an den Kriegen 1806 bis 1815 Theil genommen haben, dann aber preußische Unterthanen geworden sind. Die Zahl der hierbei in Betracht kommenden hilfsbedürftigen Krieger aus den Jahren 1806 bis 1815 hat sich im Laufe des Jahres 1875 von 10586 auf 8546 also um 2040 verminderd; die sämtlichen Veteranen sind über 80 Jahre alt, man hat an dem zu Gebote stehenden Fonds von 1084890 M. keine Ersparnisse machen mögen und andererseits die Veteranen im Hinblick auf ihre Arbeitsunfähigkeit und mit Rücksicht auf die Preissteigerung der Lebensbedürfnisse deshalb in ihrem Einkommen erhöht. Der Entwurf ist bereits am 31. v. Mts. vollzogen, und die Verfassung, daß derselbe erst jetzt dem Hause zugeht, ist ziemlich allgemein.

Das Leiden, welches den Fürsten Bismarck zu der von ihm ziemlich widerwillig angetretenen Reise nach Rüssingen genötigt hat, ist nicht, wie die Nat.-Agt., mit offizieller Wichtigkeit berüchtigt, die Verhärtung, sondern die chronische Entzündung einer größerenader an beiden Beinen. Es ist dieselbe Krankheit, die den Fürsten an der Begleitung des Kaisers nach Mailand hinderte und die ihm ein längeres Stehen wegen der daraus folgenden Schmerzen zur Unmöglichkeit macht.

Das Uebel ist allerdings ein derartiges, daß es, falls nicht rechtzeitig gegen dasselbe eingeführten worden wäre, zu den ernstesten Besorgnissen Veranlassung giebt.

— Das Reichsgesundheitsamt wird, wie uns mitgetheilt wird, in den ersten Tagen des Juli seine Thätigkeit in den dazu gemieteten Büros, Lounsenstr. 19, officiell eröffnen. Die Ernennung der beiden Räthe, eines Mediciniers und eines Vertreters der Veterinär-Wissenschaft, ist bereits erfolgt, und steht die Veröffentlichung im kürzesten Zeit zu erwarten. Die Verzögerung im Beginn der Thätigkeit des neuen Reichsams ist der Schwierigkeit zugeschrieben, ein entsprechend geschultes Büreaupersonal zusammenzustellen.

— S. M. Kanonenboot „Comet“ ist am 21. d. M. in Saloniki angelkommen.

Breslau, 22. Juni. Die Vertretung der hiesigen Universität im Herrenhause war seit einer langen Reihe von Jahren dem fürzlich verstorbenen Prof. L. Tellkampf übertragen. Nachdem jetzt eine Neuwahl für den erlebten Posten nötig geworden ist, hat der Senat den Professor Dr. R. Köppell, welcher bekanntlich gegenwärtig dem Abgeordnetenhaus für den Wahlkreis Haynau-Goldberg-Liegnitz angehört, als Vertreter der Universität im Herrenhause ausersehen.

Meiningen, 23. Juni. In der heutigen außerordentlichen Generalversammlung der mitteldeutschen Creditbank wurde der Antrag des Verwaltungsrathes auf Genehmigung eines mit der herzoglichen Staatsregierung abzuschließenden Übereinkommens, betreffend die künftigen Beziehungen der Bank zu derselben, genehmigt und das neue Statut festgestellt. (W. T.)

## Frankreich.

XX Paris, 21. Juni. Der Senat hat heute eine Commission für das Waddington'sche Unterichtsgesetz gewählt. Wie es nach der Zusammensetzung der Abtheilungen zu erwarten stand, gehören die meisten Commissare der Rechten an, sind also dem Gesetzentwurf feindlich gesinnt. Unter neuen Mitgliedern brachte die Linke nur drei der übrigen durch. In zwei Büros jedoch theilten sich die Stimmen genau zur Hälfte, und die Kandidaten der Reaction verdankten ihren Erfolg nur ihrem höheren Alter. Einen absolut zuverlässigen Maßstab für das Verhältniß der Parteien in dem Senat gibt die heutige Wahl nicht; erst bei der öffentlichen Debatte wird sich herausstellen, ob wirklich sich in der hohen Kammer eine antiministerielle Mehrheit gebildet hat. — Der Beschuß der Linken, sich mit der Rückkehr zum Municipal-Gesetz von 1871 zu begnügen, wurde im heutigen Ministerrath discutirt. Dufaure allein von allen Ministern sprach sich gegen diese Lösung aus. Dieser Umstand hat wahrscheinlich zu dem Gerücht Veranlassung gegeben, daß zwischen dem Präsidenten des Conseils und dem Minister des Innern Meinungsverschiedenheiten ausgebrochen seien. —

Man spricht von der Wiederherstellung einer protestantischen Facultät in Paris; seit dem Verluste von Straßburg existirt eine solche nicht in Frankreich. — Immer wieder fehrt das Gerücht von dem demnächstigen Rücktritt des Kriegsministers de Gissey. Die „France“ erfährt sogar, daß schon das Armee-Corps bestimmt ist, welches der Minister nach seinem Rücktritt befehligen wird. Alle diese Gerüchte sind jedoch bis jetzt wohl nur als ein ballon d'essai zu betrachten. — Morgen erfolgt die Aufnahme Jules Simon's in die Akademie. Biel-Castel wird den neuen Akademiker willkommen heißen. — Morgen wird der berühmte Kunstritter Theophil Silvestre begraben. Er starb an einem Schlaganfall, unmittelbar nachdem er mit Gambetta in dem Hause der „République française“ in der Chaussee d'Antin gefrühstückt hatte. Gambetta hatte sich eben entfernt, um einer Sitzung der Budgetcommission beizuwohnen, als sein Gast zusammenbrach. Schon seit einem Jahre war Silvestre leidend und befürchtete eine derartige Katastrophe.

## Spanien.

Madrid, 22. Juni. Der Senat hat die neue Verfassung in definitiver Abstimmung mit 127 gegen 11 Stimmen angenommen und die Aufhebung der Fueros mit 94 gegen 9 Stimmen beschlossen. Der Ministerpräsident Canovas del Castillo ist während der Abwesenheit des Finanzministers Salaverry interimistisch mit der Führung der Geschäfte des Finanzministeriums beauftragt worden. (W. T.)

## England.

London, 22. Juni. Unterhaus. In einer bereits kurz gemeldeten Antwort auf die Anfrage Bruce's, ob die Regierung etwas dagegen einzumunden hätte, daß die Diskussion über die orientalische Frage auf die Tagesordnung der morgenden Sitzung gestellt werde, erklärte Disraeli, daß er die der Regierung unter den gegenwärtigen schwierigen Umständen vom Hause gehörte Nachricht zu schäzen wisse und versprach, daß die Regierung diese Nachricht nicht missbrauchen werde. Obwohl die Großmächte sich über verschiedene Fragen noch nicht hätten einigen können, so seien sie doch darüber einig, daß es nach den jüngsten Ereignissen in Konstantinopel gerecht und billig wäre, keinen unangemessenen Druck auf den neuen Sultan auszuüben, sondern denselben hinlänglich Zeit zu lassen, um die Lage der Dinge zu prüfen und sich über den Weg klüssig zu machen, der am besten dazu geeignet wäre, sich von den gegenwärtigen Schwierigkeiten zu befreien. Der Sultan habe inzwischen eine Proklamation erlassen, in welcher er Amnestie und Suspenzion der Feindseligkeiten verspricht. Man wisse zwar noch nicht genaueres über die Aufnahme, welche die Proklamation bei den Insurgents gefunden habe, doch hätten dieselben eine passive Sympathie an den Tag gelegt, da Multtar Pascha die große Festung der Herzegovina habe verproviantiren können. Er (der Minister) glaube, daß die Verhandlungen noch fortdauern, aber er kennt ihren Character nicht. Könne unter diesen Umständen eine Discussion über die orientalische Frage ratsam sein? Ein einziges Wort könne zu ganz unberechtigten Erwartungen Anlaß geben. Er schlage daher dem Hause vor, seine überwundene Haltung zu bewahren, bis man sich über den Erfolg der gegenwärtigen Action der Pforte informirt habe. Disraeli versprach, daß die beantragte Discussion über die orientalische Frage noch vor dem Schluß der Session stattfinden solle. Hartington entgegnete dem Minister, er hoffe, daß die Regie-

rung die Discussion nicht länger als nothwendig aufschieben werde, damit das Land ein Urtheil über die Politik der Regierung gewinnen könne. — Das Auswärtige Amt hat dem Parlamente die Nachtrags-Correspondenz über die ägyptischen Finanzen mitgetheilt. Dieselbe umfaßt 88 Actenstücke. (W. T.)

— 23. Juni. Wie die „Times“ meldet, hat die zur Untersuchung der Ursachen des Falles des Silberpreises eingefügte Commission der Regierung anempfohlen, keinerlei bestimmte Schritte in dieser Angelegenheit zu thun. (W. T.)

## Rußland.

Petersburg, 21. Juni. Nachdem der Versuch mit der Errichtung weiblicher Curse an der hiesigen Universität sich glänzend bewährt hat, ist soeben vom Minister der Volksaufklärung die Erlaubnis erfolgt, auch an der Kasan'schen Universität versuchsweise auf zwei Jahre medicinische Curse für Frauen einzuführen.

## Rumänien.

Bukarest, 23. Juni. Die Deputirtenwahlen in dem bäuerlichen Wahlcollegium sind ebenfalls entschieden liberal ausgefallen; die Regierung dürfte daher in der neuen Deputirtenkammer eine bedeutende Majorität haben. Von den Candidates der conservativen Partei sind nur sehr wenige gewählt worden. (W. T.)

## Danzig, 24. Juni.

\* Für diejenigen Landwirthe unter unseren Lesern, welche sich für Milchwirthschaft interessiren, vielleicht selbst in der Lage sind, Rath und That eines Sachverständigen in Anspruch zu nehmen, wird es vielleicht angenehm sein, die Route der für Juli in Aussicht genommenen 2. Reise des von dem Westpr. landw. Centralverein angestellten Molker e. i. n. s. t. r. o. r. Wittke zu erfahren. Die Tour beginnt Anfangs Juli und ist der Molker-instructor zu treffen: am 4. Juli in Lichsfelde (bei Böselge), am 5. Juli in Tiegenhof, am 6. Juli in Christburg, am 7. Juli in Kunendorf (bei Dirschau), am 8. Juli in Dirschau (Genossenschaftsmolkerei), am 9. Juli in Olsche (Bahnhof Lassowitz), am 10. Juli in Culmsee, am 11. Juli in Podowitz (bei Culm), am 12. Juli in Thorn, am 13. Juli in Gr. Zündor (bei Praust), am 14. Juli in Uhlfau (bei Bahnhof Hohenstein), am 15. Juli in Sadlinden (bei Bahnhof Jablonowo), am 16. und 17. Juli in Bandsburg, am 18. Juli in Gr. Folkenau (bei Mewe). — Wir wollen noch darauf aufmerksam machen, daß der Molker-instructor angewiesen ist, nicht allein in den landwirtschaftlichen Vereinen Vorträge zu halten, sondern auch den Mitgliedern der centralisierten landwirtschaftlichen Vereine unentgeltlich mit Rath an die Hand zu geben.

\* Der Handelsminister veröffentlicht in dem heutigen Amtsblatt eine neue Gebührentaxe für Getreide, Weizen, Bäckereiwaren und Schiffsmässer, welche am 1. Juli in Kraft treten soll.

\* Der landwirtschaftliche Verein Kladau (bei Babenhorf Praust) hat sich als Filialverein dem Centralverein Westpr. Landwirthe angegeschlossen.

\*\* [Polizeibericht.] Arrestirt wurden: Der Schuhmacher M., weil er dem Schuhmachermeister M. ein langer blanke Stiefel gestohlen hat; der Arbeiter H. Seemann B., Handelsmann D. und Gärtner B., weil sie beim Johannisfest in Jäschenthal unbefugter Weise geschossen und dadurch andere Personen verletzt haben; die Arbeiter B. und B. wegen grober Rücksichtnahme beim Johannisfest; der Bäckermeister G. und Kaufmann F. wegen nächtlicher Rücksichtnahme auf d. m. Damm. Gestohlen: dem Müller H. mittelst Nachtschlüssel ein Lieferzettel durch den Kellner B.; der Abdecker B. hat die Bestrafung des Gastriths S. beantragt, weil dieser auf offener Straße angefallen und mit Schlägen bedroht hat. Am 19. und 20. d. Mts. kamen einige alte falsche Guldenstücke in Verkehr und wurden 6 Stück davon, welche der Dampfboot-Billetteur am Johannisfest eingenommen hatte, angehalten und der Criminal-Polizei eingereicht. Gestern ist es durch mehrfache Revisionen gelungen noch 142 deralische Falschgüsse in Vertrag zu nehmen, und sind als Verbreiter derselben 6 Arbeiter ermittelt, welche diese Falschgüsse am 16. und 17. d. Mts. aus dem Mottlau an der Milchfannengasse abfallen haben wollten und in Verkehr brachten. Gestern Abends wurde an verschiedenen Stellen der Niederstadt der Versuch gemacht, Johannisfeuer anzuzünden. Die Versuche sind teilweise durch die Polizeibeamten unterdrückt, und wird die Bestrafung der Verantwaltler derselben erfolgen. — Am 20. d. M. wurde im Selonestischen Theater ein gefälschtes Portabillet angehalten, welches nach den angestellten Recherchen vom Schriftsteller T. verfertigt worden. — Gestern sind nicht weniger als 9 Contraventionen von Droschkenführern polizeilich bemerkt und zur Anzeige gebracht. — Der mehrfach bestrafte Arbeiter L. hat einen auf der öffentlichen Straße in Schönlin stehenden Lindenbaum mutwilligerweise so beschädigt, daß derselbe eingehen muß. L. wird deswegen zur Strafe gezogen werden.

## Permisches.

Berlin. Aus dem nahen Liebenwalde ist folgende blutige Wilddiebst-Affäre zu berichten. Am Dienstag überfachten die beiden Förster Grewe und Blaue im Königlichen Liebenwalder Forstrevier zwei Wildziehe, die sich ihrer Verhaftung in ersterster Weise zu erwehren gekonnt schienen. Der eine Wildzieb hatte bereits auf den Förster Grewe angelegt, der ohne Deckung stand, da strecte ihn eine Kugel des Försters Blaue nieder, worauf der zweite Wildzieb die Flucht ergriff. Der Erschossene, der bei welchem Wiederbelebungsversuche vergeblich waren, soll ein verwegener Wildzieb aus Bergensleben sein.

— Ein von Adèle Spitzer kürzlich eingeschriebenes wiederholtes Begnadigungsgesuch ist abermals abfällig bezeichnet worden. Die Strafhaft derselben endet mit dem 4. Sept. d. J.

## Danziger Börse.

Amtliche Notirungen am 24. Juni.

Weizen loco flau, auf Tonne von 2000 f. feinglasig u. weiß 130-135 225-235 M. Br. hochbunt . . . 128-132 220-230 M. Br. hellbunt . . . 125-131 220-230 M. Br. bunt . . . 124-128 215-220 M. Br. rot . . . 128-132 215-220 M. Br. ordinair . . . 113-125 200-208 M. Br.

Regulierungspreis 126 bunt lieferbar 206 M.

Auf Lieferung 126 bunt per Juli-Juli 206 M. Br. 204 M. Br., per Juli-August 205 M. Br., per August-September 208 M. Br., per September-October 208 M. Br., per October-November 208 M. Br.

Roggen loco rubig, per Tonne von 2000 f.

Regulierungspreis 120 f. lieferbar 165 M.

Auf Lieferung per September-October 162 M. Br.

Wheat loco . . . 126-128 222 M. alt. bunt 127-137 220 M. hochbunt 131-137 230 M. Regulierungspreis 126 bunt 208, 207, 206 M. Auf Lieferung per Juni 206 M. Juni-Juli 208, 207 1/2 M. Juli-August 208 M. August-September 208 M. September-October 210, 208 M. October-November 210, 209 M. bezahlt.

Nachdem sich Consumenten ziemlich versorgt hatten, fand das dieswöchentliche Angebot von Roggen keine bereitwillige Aufnahme und mußten sich Eigner in die niedrigeren Offeren fügen und den Preis schließlich um ca. 5 M. per Tonne ermäßigen. Bei einem Umsatz von ca. 120 Tonnen bezahlte man: inländischer 120, 124, 126 7/8 165, 169, 172 1/2 M. volnisher 120, 122 7/8 162, 164 M. Regulierungspreis 120 f. lieferbar 167, 166 M. Auf Lieferung per September-October 160 M. bezahlt, bleibt 158 f. Gelb. Große Gerste 117 7/8 165 M. Rübien 126, 129 7/8 211, 218 M. hochbunt und glasig 129, 130 7/8 222 M. alt. bunt 127-137 220 M. hochbunt 131-137 230 M. Regulierungspreis 126 bunt 208, 207, 206 M. Auf Lieferung per Juni 206 M. Juli-August 208 1/2 M. Auf Lieferung per September-October 284 M. bezahlt. Die in dieser Woche an den Markt gebrachten 10.000 Liter Spiritus wurden mit 51,50 f. per 100 Liter 100 f. verkauft; außerdem eingetroffene 15.000 Liter wurden nach Königsberg übergeladen.

Steinkohlen Nr. 3000 Kilo gr. ab Neufahrwasser in Kahnladungen, doppelt gefüllte Kästen 48-54 M.

Wacholder- und Fondsconcr. London, 8

Um vor dem in nächster Zeit stattfindenden Umbau meines Geschäftslöfals — durch den ich für die Dauer desselben in meinen Räumlichkeiten sehr beschränkt werde — mit einem Theil meines Lagers zu räumen, habe ich denselben zu ganz bedeutend zurückgesetzten Preisen zum Ausverkauf gestellt.

## W. JANTZEN.

Freireligiöse Gemeinde.  
Sonntag, den 25. Juni, Vormittags  
10 Uhr. Predigt: Herr Prediger Rödner.  
Heute Mittag 1 Uhr wurde meine liebe  
Frau Emma geb. Schottler von  
einem Mädchen glücklich entbunden.  
Tidlin, den 23. Juni 1876.

Haber.  
Die Verlobung unserer Tochter Clara  
Kuhne mit dem Herrn C. Krause  
aus Gr. Kleschau beecken wir uns hier  
mit ergeben anzugeben.

Lamenstein, den 22. Juni 1876.

Hermann Freier und Frau.  
Heute früh ist unser lieber Sohn Dr.  
Albert Wilke, Gymnastallehrer in  
Greiz, nach langem Leiden in Meran  
gestorben.

Langfuhr, den 23. Juni 1876.

die tiefbetrübten Eltern  
zugleich im Namen der Geschwister.

Heute Nachmittag entschließt sanft mein  
lieber Mann, unser braver Vater und  
guter Schwager, der Schiffs-Maler  
**Julius F. Domansky**  
in seinem 65. Jahre.  
Sanft ruhe seine Asche!  
Seinen zahlreichen Freunden diese  
traurige Nachricht von den  
tiefbetrübten Hinterbliebenen.  
Danzig, den 23. Juni 1876.

Die Beerdigung des verstorbenen Herrn  
**C. G. v. Roy** findet am Dienstag,  
den 27. d. Mts. auf dem Salvator-Kirch-  
hofe von der dortigen Leichenhalle aus  
statt. (4733)

Dampfer Beverley, Capt. Ford, von  
Newcastle angekommen, liegt mit 23  
Fässern Mennige und 126 Fässern Sodasäfte  
in Neufahrwasser lästertig. Den resp.  
Empfängern solches zur Nachricht.  
(4740) **G. L. Hein.**

Frische  
Lissabonner Kartoffeln  
pro ½ fl. 20 th.,  
neue  
**Matjes-Heringe**  
empfiehlt  
H. Regier, Hundeg. 80.

Räumungshalber  
verkaufe von jetzt ab sämtliche  
**Sonnen-Schirme**  
zu sehr herabgesetzten, auffallend  
billigen Preisen.  
**Adalbert Karau,**  
35. Langgasse 35.

Folgende Güter  
sind wegen Krankheit der Besitzer und  
besonderer Familien-Verhältnisse für  
billige Preise zu verkaufen, auch zu  
verpachten.  
1. Ein Gut bart an der Chaussee,  
Bosverbindung, Danziger Regierungsbezirk,  
Areal 983 Morgen, durchweg kle-  
fähriger Boden (vorherrschend Lehm), mit  
65 Mora. guten Wiesen, 80 Mrg. Buchen-  
Wald, 83 Morgen guter Weide, 20 Mrg.  
fischiger See, 724 Morgen Acker (be-  
deutendes Kult- und großes Torgüter),  
Ausfaaten: Winterung: 170 Morgen  
Weizen und Roggen, Sommerung: 180  
Morgen u. s. w., Wohnhaus massiv, herr-  
schaftlich und geräumig, Wirtschaftsgeb.  
gut und ausreichend, Inventar: 4 Gespann  
Pferde, 6 Ochsen, 16 Kühe und Jungvieh,  
500 Schafe.

Kaufpreis 36,000 Thlr.  
Anzahlung 12% re:p. 8000 Thlr.  
2. Ein adl. Gut, einige Meilen von  
Danzig, ½ Meile von der Chaussee, Areal  
2800 Morgen, davon 2100 Morgen  
unter dem Flusse, Roggen und Gerst-  
boden, 450 Morgen Winterung, 100 Mrg.  
Wiesen, 100 Morgen Buchen-, Eichen- und  
Buchenwald, 50 Morgen Torf, 267 Mrg.  
See (Fischzucht verpachtet). Rest in Gärten,  
s. w., Gebäude gut, Inventar: 800  
Schafe, 23 Pferde, 12 Zugochsen, 20 Kühe  
und Jungvieh, Hypotheken 24,000 Thlr.  
Anzahlung 20% bis 15,000 Thlar.  
dasselbe kann auch auf 18  
Jahre für 3000 Thlr. p.  
Almo gehobt werden.  
Käufer und Pächter erfahren Nähres  
durch

**Th. Kleemann in Danzig,**  
Brodbänkengasse No. 33.  
Ein erfah. concess. Convenante f. d.  
1. Debr. cr. eine Stelle. Meld. unter  
J. M. Elbing postlagernd. (4683)

## Abonnements-Concert.

### Seebad Zoppot (Victoria-Hôtel).

Den Aufforderungen vieler Herrschaften zufolge veranstalte ich vom 1. Juli ab (Samstag) jeden Mittwoch und Sonnabend ein von tüchtigen Kräften ausgeführtes Abonnements-Concert und zwar: eine Karte vom 1. Juli bis 15. September für 4 Personen gültig 6 M. Nachzahlung auf diese Karte für mehr als 4 Personen 20 th. (Kassen-Entree 25 Pf.)

Sonnabends finden die früher im Kurgarten so beliebten Illuminations- und bengalischen Beleuchtungs-Avende statt (ohne Nachzahlung). Das früher mir geschenkte Vertrauen und die Unterstützung der gebreiten Herrschaften bitte ich auch in dem neuen Unternehmen mir gütig übertragen zu wollen. Abonnements-Karten im Lolal für Zoppot, Danzig und Umgegend und Herrn Jette, Zoppot.

Tägliche Table d'hôte von halb 1 Uhr bis halb 3 Uhr. — Gesellschafts-, Billards- und einzelne Zimmer, sowie Untersicht für Fahrwerke stehen zur Verfügung.

Achtungsvoll

**W. Johannes.**

## JANUS.

### Lebens- und Pensions-Versicherungs-Gesellschaft in Hamburg.

Errichtet am 1. Februar 1848.

#### Auszug

aus dem Geschäftsjahrsberichte vom 30. Mai 1876.

Ultimo 1875 waren in Kraft:

18,726 Lebens-Versicherungen mit M. 47,194,425. — 380 Renten- und Pensions-Versicherungen mit jährlichen 178,376. 81 —

Die Einnahme in 1875 betrug:

An Prämien- und Kapital-Zahlungen: M. 1,605,445. 14 —

- Binsen 442,762. —

Verausgabe wurden:

für 334 Todesfälle M. 766,075. —

- 87 Aussteuer-Versicherungen 90,142. —

Seit ihrer Gründung zahlte die Gesellschaft überhaupt an die Erben von 4,457 Versicherten 10,289,610. —

Das Grund-Kapital der Gesellschaft beträgt M. 1,500,000. —

Die Reserve-Fonds belaufen sich auf 9,923,756. 29 —

Davon sind angelegt:

In Hypotheken M. 5,705,225. 99 —

- Darlehen gegen Unterpflanz 2,360,561. 90 —

- discontirten Wechseln 495,745. 08 —

- Darlehen auf Polizen der Gesellschaft 547,260. 01 —

Dividende 20 Prozent.

Prospectus und Antrags-Formulare gratis

in Danzig bei Herm. Gronau,  
Gebr. Riemeck,  
E. Assmann.

4725

#### Große Auction

am Johannisberge No. 1.

(Bellevue — Zinglershöhe).

Mittwoch, den 28. Juni cr., und am folgenden Tage, 10 Uhr Vormittags, werde ich im Auftrage und für Rechnung wen es angeht ca. 300 Saal- und Garten-Tische, ca. 200 Rohrtische, 200 Gartenstühle, ca. 30 Gartenbänke, 1 vorzügliches in Bäderen näher beschriebenes Franzen-  
hoferisches Teleskop, 12 Kronleuchter u. Seiten-Landelaber, 5 gr. Spiegel-  
Trumeau, diverse kleine Lampen, Stuben-Möbel, Kleider-, Wäsche- u. Wirth-  
schafts-Schränke, Betteln, eine große Anzahl Tüppern, messingene und eiserne  
Küchengeräthe, eine große Anzahl Glas und Porzellan, messingene Kaffe-  
maschinen, Dampf-Kaffeekocher, Petroleum-Kochapparat, 1 Handwagen, Leitern,  
Garten- und Hof-Utensilien mit 2monatlicher Credit-Bewilligung für bekannte sichere Käufer versteigern, wo zu einlade.  
Nothwanger, Auctionator.

## Mußholz-Auction zu Leg-An.

Montag, den 26. Juni 1876, Vormittags 10 Uhr, werde ich zu Leg-An auf dem Holzfelde des Herrn Driedger (Schneidemühle) für Rechnung wen es angeht, an den Meistbietenden verkaufen:

ca. 120,000 Fuß 1" Schalldielen ca. 36' lang,

in Stäveln von ca. 1000 Fuß,

ca. 400 Stück Mauerlatten 6—8" stark,

ca. 36' lang,

1 große Partie 3" Bohlen,

1 dito Balkenschwarten u. Kreuzhölzer.

Den Zahlungs-Termin werde ich den mir bekannten Käufern bei der Auction anzeigen.

**Joh. Jac. Wagner Sohn,**  
Auctionator. Bureau: Hundegasse 111.

Auction am Sandweg mit fetten Ochsen.

Montag, den 26. Juni 1876, Vormittags 10 Uhr, werde ich am Sand-

weg vor dem "rothen Krug" an den Meistbietenden gegen harte Zahlung verkaufen:

15 Stück schwere fette Ochsen.

Janzen, Auctionator.

Breitgasse No. 4.

4599

Eisenbahnschienen zu Bauzwecken in beliebigen Längen  
offerirt zum billigsten Preise

**S. A. Hoch,**

Johannigasse 29.

Alte Eisenbahnschienen  
5" im Profil, fehlerfrei, in beliebigen  
Längen, offerirt franco Baustelle billig

**W. D. Loeschmann.**

Practischer Untericht im Englischen, ver-  
bunden mit kaufmänn. Correspondenz,  
wird gegen billiges Honorar ertheilt. Adr.  
werden u. 4617 in der Exp. d. Ztg. erb.

Frisch gebrannten schwedisch.  
Kalk offerirt billigst die Kalkbrennerei  
bei Legan. Bestellungen werden angenommen

Breitgasse 16, 2-Tr. h. u. Langgarten 107

C. H. Domansky Wwe.

Eine Wassermühle

in der Stadt, 4 Gänge, amerikanisch ein-  
gerichtet, 600 Fuß lährlich, soll für 26,000  
R. b. i. solider Anzahlung, verkauft, oder

gegen ein Satz von 500 bis 1000 Morgen  
vertauscht werden durch

**Th. Kleemann in Danzig,**

Brodbänkengasse 33.

Ein Lagerverwalter der Caution stellen  
soll wird sofort gesucht. Adr. w. u.  
4723 in der Exp. dieser Btg. erbeten.

Zum 1. October suche ich eine  
geräumige Wohnung von  
3—6 Zimmern nebst Zubehör,

womöglich mit Garten. Adr.  
erbite ich Zoppot, Südstraße

47, oder hier, Langgarten 79.

Stadt und Kreis-Gerichtsrath

4701 **Kauffmann.**

1 möbliertes Zimmer, a. W. mit Burschen-  
gelass, ist Fleischberg 81 zu vermieten.

**Raufmännischer Verein.**

Mittwoch, den 28. Juni c., Gesellschafts-  
abend, Besprechung wegen eines Ausfluges.

Donnerstag, den 27. Juni c., 2 Uhr  
Nachm., Generalversammlung der

Molkereigenossenschaft zu Nikolaiken,  
Kreis Stuhm, Eingetragne Genossenschaft.

**O. Schade.**

Tagesordnung:

1. Vorlegung der Baukosten und Be-  
triebs-Rechnungen.
2. Befreiung über den Betrieb.
3. Genehmigung des Anlehens vom 6.  
Mai cr.

## Zoppot, Königshöhe!

Die Eröffnung meines Restaurants  
"Königshöhe", verbunden mit Cafés und  
Conditorei, zeigt ich dem hochgeehrten  
Publikum hierdurch an.

Die beliebten Waffeln werden zu jeder  
Zeit frisch geliefert.

**B. Kolterjahn,** Gastwirth,  
4684) **Zoppot.**

**Specht's Etablissement**

in Seubude.

Sonntag, den 25. Juni:

## Grosses Concert.

Entree à Person 20 th. — Anfang 4 Uhr.

Absahrt der Dampfer um 2 und 4 Uhr  
(Mittags vom Schäferei'schen Wasser  
Rückfahrt).

**A. Evert.**

**Seebad Westerplatte.**

Sonntag, den 25. Juni:

## Nachmittags-Concert

ausgeführt vom Musik-Corps des 1.

Leib-Husaren-Regiments No. 1.

Anfang 4 Uhr. Entree 25 Pf.

Dann Donnerstag, den 29. Juni:

## Concert.

**F. Kell.**

**Seebad Brösen.**



